

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 09. April 2026

## Sozialstaat wächst, finanzielle Belastung steigt, langfristige Risiken nehmen zu

### Der Sozialabgabengedenktag 2026

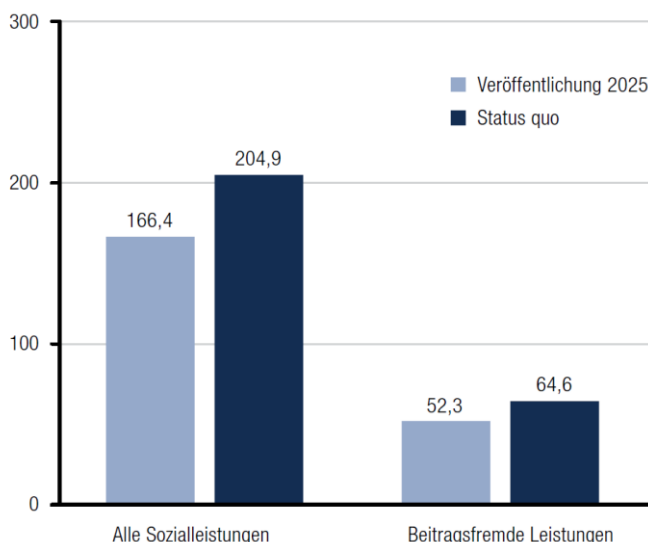
Deutschland steht angesichts steigender Sozialausgaben und wachsender struktureller Herausforderungen unter zunehmendem finanzpolitischen Druck. Die Expansion des Sozialstaates und die Bevölkerungsalterung führen zu einem kontinuierlich wachsenden Finanzierungsbedarf in den sozialen Sicherungssystemen, wie aktuelle Berechnungen für die Stiftung Marktwirtschaft zu den Gedenktagen der sozialen Sicherung erneut bestätigen. Sowohl die Ausgaben der Sozialversicherungen als auch die steuerfinanzierten Sozialleistungen sind weiter gestiegen. Damit rückt eine zentrale Frage in den Fokus: Wie viel Sozialstaat kann und will sich Deutschland künftig leisten und wie muss der Sozialstaat der Zukunft organisiert werden, um funktionsfähig zu bleiben?

### Die Gedenktage zur sozialen Sicherung verdeutlichen das erhebliche Ausmaß der Belastung

- Der **Sozialabgabengedenktag**, der sämtliche Sozialleistungen unabhängig von ihrer Finanzierungsart berücksichtigt, fällt in diesem Jahr auf den **11. April** – zwei Tage später als im Vorjahr. Ein durchschnittlicher Bürger arbeitet bis zu diesem Tag, um alle Sozialleistungen zu finanzieren. Hauptursache für die Verschiebung ist der deutliche Ausgabenanstieg im Gesundheits- und Pflegebereich. Für sämtliche Sozialleistungen belaufen sich die Ausgaben im Jahr 2025 auf rund **1.001,2 Milliarden Euro**.
- Der **Sozialleistungsgedenktag**, der ausschließlich steuerfinanzierte Leistungen betrachtet, bleibt trotz steigender Ausgaben unverändert beim **31. Januar**. Grund hierfür ist, dass die höheren Ausgaben weitestgehend durch das Wachstum des Nettoneinkommens kompensiert wurden. Insgesamt belaufen sich die steuerfinanzierten Sozialausgaben im Jahr 2025 auf rund **304,4 Milliarden Euro**.

### Nachhaltigkeit verschlechtert sich deutlich

Implizite Verschuldung des Sozialstaates beider Leistungskategorien im Jahresvergleich (in Prozent des jeweiligen BIP\*)



Über die kurzfristige Betrachtung hinaus zeigt die Langfristanalyse eine deutliche Verschärfung der finanziellen Risiken. Im Vergleich zum Vorjahr ist **die implizite Verschuldung des Sozialstaates gestiegen** – seine Nachhaltigkeit hat sich somit weiter verschlechtert: Für alle Sozialleistungen zusammen beläuft sich die implizite Verschuldung auf 204,9 Prozent des BIP, während allein die steuerfinanzierten Sozialleistungen eine implizite Verschuldung von 64,6 Prozent des BIP verursachen. Damit zeigt sich, dass die langfristigen Finanzierungsrisiken erheblich größer sind, als es die im Kalenderjahr nur moderat verschobenen Gedenktage vermuten lassen.

\* Referenz-BIP aus der Veröffentlichung 2025 (BIP 2023) = 4,12 Billionen Euro; Referenz-BIP im Status quo (BIP 2024) = 4,31 Billionen Euro. Quelle: Eigene Berechnungen, Vorjahreswerte auf Basis von Raffelhüschen et al. (2025b).

## Steigende Belastung der öffentlichen Haushalte droht

Bei unverändertem Leistungsumfang wird ein wachsender Anteil der Steuereinnahmen für soziale Sicherung benötigt. Im Jahr 2026 werden bereits rund 22,4 Prozent aller Steuereinnahmen zur Deckung der steuerfinanzierten Sozialausgaben benötigt. Bis 2050 wird sich dieser Betrag aufgrund der demografischen Entwicklung auf rund 25,4 Prozent erhöhen und bis zum Jahr 2080 sogar auf über 27,2 Prozent. Würde man hingegen den zukünftigen Ausgabenanstieg sämtlicher Sozialleistungen vollständig über Steuermittel finanzieren wollen, um die Beitragssätze zur Sozialversicherung konstant zu halten, wären dafür ab 2075 sogar mehr als 40 Prozent der Steuereinnahmen erforderlich.

## Reformen unausweichlich – politische Umsetzung schwierig

Um eine zunehmende Belastung insbesondere jüngerer Generationen zu vermeiden, sind strukturelle Reformen dringend erforderlich, mahnt Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft und Koautor der Studie, und ergänzt: „Angesichts der bereits bestehenden Rekordbelastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge müssen wir dabei die Ausgabenseite sehr viel stärker in den Blick nehmen.“ Ziel müsse sein, die Steuerbelastung effektiv zu senken und die Beitragssätze auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren. „Wir können in einer dramatisch alternden Gesellschaft nicht länger sämtliche Lebensrisiken vollständig durch den Staat absichern, wenn wir die jungen Generationen finanziell nicht überfordern wollen“, so Raffelhüschen. Notwendig seien beispielsweise eine schnelle Erhöhung des Rentenzugangsalters sowie höhere Selbstbeteiligungen in der gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung.

Die Politik müsse aus zweierlei Gründen schnell handeln. Zum einen seien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen herausfordernd wie seit langem nicht. Zum anderen würden die notwendigen Reformen zugunsten junger und zukünftiger Generationen immer unwahrscheinlicher, je weiter das Alter des Medianwählers ansteige. „Es wäre hochgradig fahrlässig, wenn auch in dieser Legislaturperiode kein Umsteuern in der Sozialpolitik gelänge“, so Raffelhüschen.

---

### Ansprechpartnerin

Dr. Ann Zimmermann  
Medien und Kommunikation

Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstraße 60  
10117 Berlin  
Tel. (030) 206057 33

[zimmermann@stiftung-marktwirtschaft.de](mailto:zimmermann@stiftung-marktwirtschaft.de)  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)  
[www.twitter.com/StiftungMaWi](https://www.twitter.com/StiftungMaWi)

Mehr Informationen zum Thema Generationenbilanz:  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de/themen/oeffentliche-haushalte](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/themen/oeffentliche-haushalte)